

Beschluss der KDV Neukölln vom 14.09.2019

Der Landesparteitag möge beschließen:

Gleichstellung der humanistischen Bildung – jetzt

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats werden aufgefordert, sich für die Gründung einer humanistischen Hochschule einzusetzen. Hierzu sind entsprechende Gespräche mit dem Humanistischen Verband Berlin-Brandenburg zu führen sowie Vorbereitungen zu treffen, damit die Gründung schon Bestandteil der bevorstehenden Hochschulverträge werden kann. Damit wird das Ziel verfolgt, dass Berlin im Sinne der Gleichstellung aller weltanschaulichen Gemeinschaften für eine adäquate akademisch-humanistische Ausbildung der Lebenskundeführer*innen, Sozialarbeiter*innen sowie Lebensberater*innen sorgt.

Darüber hinaus fordern wir die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und des Abgeordnetenhauses auf, sich aktiv für den Abschluss eines Staatsvertrags mit dem humanistischen Verband einzusetzen. Erst dadurch wird eine echte Gleichstellung der humanistischen Weltanschauungsgemeinschaft mit den religiösen Weltanschauungsgemeinschaften erreicht.

Begründung:

Der Humanistische Verband Deutschlands (HVD) erreicht durch seine zahlreichen sozialen und kulturellen Angebote wie z.B. den Lebenskundeunterricht in den Grundschulen, seine Humanistischen Jugendfeiern, Kitas, Jugendzentren, Sozialstationen, Seniorenbüros, Patientenverfügungen, Hospizdienste usw. jährlich mehrere Hunderttausend Berlinerinnen und Berliner. Durch seinen toleranten Humanismus trägt er damit zugleich zur ethischen Orientierung vieler religionsfreier Menschen in unserer Stadt bei.

Wir freuen uns über die Anerkennung des HVD als Körperschaft des öffentlichen Rechts, sehen den Prozess der Gleichstellung damit aber nicht abgeschlossen, sondern erst durch eine angemessene Ausbildung der Pädagog*innen sowie einen Staatsvertrag mit dem Land Berlin.

